

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0513/2021**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 23.11.2021

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Dominik Erb, Dr. Klaus Dieter Greilich, FDP-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung
Ausschuss für Soziales, Sport und Integration		Zur Kenntnisnahme

Betreff:

**Bericht über "Ausgaben nach SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe)"
- Antrag der FDP-Fraktion vom 21.11.2021 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie haben sich die jährlichen Ausgaben im gesetzlichen Bereich des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) in den letzten zehn Jahren entwickelt?
2. Welche Maßnahmen wurden bislang vom jetzigen Magistrat und seinen Vorgängern unternommen, um die Ausgabenentwicklung in diesem Bereich zu begrenzen und welche Maßnahmen sind dazu für die Zukunft geplant?
3. Wie haben sich diese Ausgaben in der Universitätsstadt Gießen im prozentualen Vergleich mit den anderen hessischen Sonderstatusstädten entwickelt?
4. Haben der Magistrat oder seine Vorgänger Initiativen über den Hessischen oder den Deutschen Städtetag angeregt oder unterstützt, die den Bundesgesetzgeber dazu auffordern über eine Änderung des SGB VIII die Träger der Kinder- und Jugendhilfe entweder von Ausgaben zu entlasten oder eine auskömmliche Finanzierung der Ausgabensteigerungen durch den Bund zu gewährleisten?
5. Falls dies nicht der Fall sein sollte: Wann wird der Magistrat eine solche Initiative starten?

Begründung:

Die Ausgaben im Bereich des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) explodieren seit Jahren ungebremst und überlasten gerade in Zeiten, wo Corona - Pandemie und

Klimaneutralität zusätzliche enorme finanzielle Aufwendungen erfordern, den Haushalt der Universitätsstadt Gießen über allen Maßen.

Aus Sicht der Freien Demokraten ist es deshalb dringend notwendig, alle eigenen Einsparpotenziale in diesem Bereich zu erkennen und anzuwenden.

Dazu ist auch ein Vergleich mit den anderen hessischen Sonderstatusstädten und deren Maßnahmen wichtig. Entscheidend ist jedoch auch den Bundesgesetzgeber im Bereich des SGB VIII zumindest für die Ausgabensteigerungen in der Zukunft auf das Konnexitätsprinzip zu verpflichten, wozu entsprechende Initiativen der kommunalen Spitzenverbände angeregt werden müssen.

Dominik Erb
Fraktionsvorsitzender

Dr. Klaus Dieter Greilich
Stellv. Fraktionsvorsitzender